

II-1414 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 820 13

1991 -04- 0 9

ANFRAGE

der Abgeordneten Grandits, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

In einem Schreiben vom 1. Februar 1991 nimmt der österreichische Botschafter Dr. Zanetti auf unseren Initiativantrag zum "herrschenden bewaffneten Konflikt mit den den Kurden in der Türkei" Stellung. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß es nur im Südosten der Türkei Konflikte der Ordnungskräfte mit den 2.000 - 3.000 "unruhestiftenden Guerillas" gebe, und das schon seit 2000 Jahren. Da lt. Auskunft der österreichischen Botschafters auch mehrere Minister und Politiker kurdischer Abstammung seien, könne von Unterdrückung nicht gesprochen werden.

Aus einer Dokumentation der Menschenrechtsvereine "Türkischer Staatsterror in Kurdistan" (Hsg. Kurdistan-Komitees in Europa) jedoch geht eine zunehmend stärker werdende Verletzung der Menschenrechte durch Unterdrückungs- und Einschüchterungspolitik hervor:

- Bauern, die nicht einverstanden sind, "Dorfschützer" zu werden, werden die Häuser niedergebrannt (wie in Sirnak, Eruh und Pervari)
- zwangsweises Entvölkern der Dörfer in der Region
- Niederbrennen der Wälder durch die Militaristen
- Folterungen und Ermordungen von ganzen Familien
- Menschen werden inhaftiert und verschwinden

Durch den Golfkrieg wurden die Repressionen gegen die Kurden noch verstärkt. Aus der ignoranten Berichterstattung des österreichischen Botschafters entsteht der Eindruck, daß auch die österreichische Außenpolitik bewußt diese Politik der Zerstörung und der Menschenrechtsverletzung ignoriert.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten folgende

Anfrage:

1. Haben Sie den Bericht des österreichischen Botschafters erhalten und wie beurteilen ihn?
2. Wie beurteilen Sie die Menschenrechtssituation in der Türkei (speziell der Kurden)?

3. Haben Sie den Bericht des Kurdistan-Komitées ("Türkischer Staatsterror in Kurdistan", aktuelle Berichte der Menschenrechtsvereine, Hsg. Kurdistan-Komitée in Europa) gelesen?
Wenn ja, wie beurteilen sie ihn?
Wenn nein, werden sie ihn anfordern?
4. Werden Sie aufgrund dieses Berichtes Überprüfungen anstellen?
5. Gab es seitens der österreichischen Bundesregierung schon Gespräche mit der Türkei in bezug auf die Verletzung der Menschenrechte?
6. Wird es aufgrund dieses Berichtes zu konkreten Maßnahmen kommen im Sinne des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE?
7. Werden Sie diesbezüglich auf internationaler Ebene Schritte unternehmen?